

**" Neue Entwicklungen und Ansätze für ein Europa der
Verteidigung"**

Rede von

**Honorarprofessor Dr. Hans-Gert PÖTTERING, MdEP
Präsident des Europäischen Parlaments**

**anlässlich der Siebenten Berliner Sicherheitskonferenz
über "A Roadmap to a Security and Defence Union -
Political Initiatives and Procurement"**

Berlin

Montag, 10. November 2008

Es gilt das gesprochene Wort!

*Sehr geehrte Herrn Minister,
sehr geehrte Exzellenzen,
sehr geehrte Admirale und Generale,
meine Damen und Damen*

Ihre Einladung habe ich erneut mit ganz besonderer Freude angenommen. Ich bedanke mich für die Gelegenheit auch auf der siebenten Europäischen Konferenz über Europäische Sicherheit und Verteidigung heute in Berlin das Wort ergreifen zu können.

Denn Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik begleiten meinen politischen Weg im Europäischen Parlament. Bereits im Jahr 1984 gelang uns mit der Einrichtung des Unterausschusses für "Sicherheit und Abrüstung" die parlamentarische Begleitung dieses wichtigen Politikfeldes. Als erster Vorsitzender dieses Unterausschusses konnte ich mich 10 Jahre lang mit den Fragen der Sicherheit und Verteidigung befassen. Um die Ausschusssitzungen damals in meinem Terminkalender zu notieren, vermerkte ich immer U-S-A, das auf der einen Seite für die Abkürzung Unterausschuss "Sicherheit und Abrüstung" stand, aber auch als ein Bekenntnis für die transatlantische Ausrichtung unserer Arbeit gemeint war. Ich erinnere mich auch noch sehr gut an die zum Teil

unfreundlichen Reaktionen auf die Einrichtung unseres Unterausschusses. "Was", so sagten damals viele, "jetzt wollt Ihr Euch auch noch mit Sicherheits- und Verteidigungspolitik beschäftigen?"

Heute gehört der Unterausschuss für "Sicherheit und Verteidigung" zu den bewährten und fest verankerten Gremien im europäischen Institutionengefüge. Wenngleich der Vertrag von Lissabon die Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiterhin dem Einfluss der Mitgliedsländer zuordnet, so beeinflusst das Europäische Parlament bereits seit Jahren hörbar und nicht ohne Einfluss die Diskussionen und Entscheidungen der sicherheitspolitischen Entwicklung in der Europäischen Union. Dafür möchte ich dem jetzigen Ausschussvorsitzenden Karl von Wogau und allen Beteiligten meinen herzlichen Dank aussprechen.

Niemand zweifelt heute ernsthaft daran, dass die europäischen Nationen die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nur gemeinsam bestehen können. Dies ist in vielen Politikfeldern bereits heute europäischer Konsens. Im Kernbereich staatlicher Souveränität, der Sicherheitspolitik, sind dagegen erst die Anfänge für gemeinsames Handeln begründet. Dabei steht Europa am Beginn des 21.

Jahrhunderts gerade vor umfassenden sicherheitspolitischen Aufgaben.

Aus diesem Grund plädiere ich mit allem Nachdruck dafür, unsere auf dem Gipfel von Köln im Jahr 1999 festgeschriebene europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik an die aktuellen Bedingungen anzupassen und sie weiterzuentwickeln.

Doch bevor ich darauf näher eingehe, möchte ich einen doppelten Dank vorausschicken. Zunächst einmal gilt dieser der französischen Ratspräsidentschaft, die mit großem Engagement die Entwicklung eines Europas der Verteidigung vorantreibt. Frankreich hat dabei die Unterstützung von all jenen, die erkannt haben, dass die so genannte Friedensdividende der 90 er Jahre nur von kurzer Dauer gewesen ist.

Und ich möchte dem britischen Außenminister David Miliband dafür danken, dass er nur drei Wochen nach dem irischen Referendum in einem ganzseitigen Namensartikel in einer angesehenen deutschen Tageszeitung festgestellt hat, dass der Nationalstaat die Bürger heute nicht mehr vor globalen Gefahren schützen kann, und dass wir dafür jetzt die Europäische Union benötigen. Minister Miliband identifiziert drei Bereiche, in denen der Europäische

Nationalstaat zu klein ist und die globalen Institutionen zu schwach sind, um die Bürger abzusichern. Diese sind der Klimawandel, die Bedrohung unserer Sicherheit von außen und die Verwirklichung des Binnenmarktes. Dieser Analyse stimme ich ausdrücklich zu.

Und man kann diese Analyse David Milibands noch ergänzen. Der Kampf gegen den Internationalen Terrorismus, die Bedrohung des freien Seehandels durch Piraten oder auch das militärische Handeln Russlands in Georgien haben uns klar vor Augen geführt, dass Europa sich auch künftig auf eine Reihe von sehr gefährlichen Herausforderungen einzustellen hat.

Diesen erfolgreich zu begegnen, setzt künftig eine stärkere europäische sicherheitspolitische Zusammenarbeit, einschließlich der industriell-militärischen Basis voraus. Diese Basis kann allein durch die Summe nationaler Ressourcen nicht erreicht werden, wie uns die Realität immer wieder vor Augen führt.

Deshalb verhandelt das Europäische Parlament gegenwärtig mit dem Rat zwei Richtlinien zur Vergabe und Verbringung von Rüstungsgütern, die ein weit reichender Beitrag zur Weiterentwicklung des technologischen und industriellen Fundaments der Europäischen Sicherheits-

und Verteidigungspolitik darstellen. Die beiden Richtlinien gehören zur Priorität der französischen Ratspräsidentschaft und werden auch im Europäischen Parlament mit Nachdruck behandelt.

Das Europäische Parlament verspricht sich von den zwei Richtlinien sowohl die Beförderung eines gemeinsamen Rüstungsmarktes als auch die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Rüstungsindustrie sowie die Eindämmung von Verdoppelungen und ineffizienten Ressourcenverbrauchs. Dies liegt in unserem gemeinsamen Interesse.

Erst die in der neuen Verbringungsrichtlinie geregelten Genehmigungsverfahren für die Verbringung von Rüstungsgütern von einem Mitgliedsland in ein anderes stellen zusammen mit der binnenmarktkonformen künftigen Ausschreibung von Rüstungsprojekten sicher, dass die geforderten Ziele erreicht werden. Denn bis heute ist es leider gängige Praxis, die nationalen Rüstungsmärkte von Konkurrenz abzuschotten.

Laut Statistik haben die EU-15 im Zeitraum zwischen 2000 und 2004 nur 13% aller Verträge über Verteidigungsgüter im Amtsblatt der EU ausgeschrieben, wobei der Unterschied zwischen 2% (in Deutschland) und 24% (in Frankreich) liegt. Freistellungen, die dem Gemeinschaftsrecht zufolge die Ausnahme darstellen

sollen, bilden in der Praxis bisher die Regel. Die neuen Richtlinien sollen dies vom Regelfall zur Ausnahme verändern.

Denn die bis heute praktizierte Vorgehensweise der Mitgliedstaaten widerspricht der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, der festgestellt hat, dass die Heranziehung von Artikel 296 EGV auf begrenzte und begründete Ausnahmefälle beschränkt bleiben soll.

Auch deshalb ist es unser erklärtes Ziel, einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen zu schaffen, der es den Mitgliedstaaten erlaubt, Gemeinschaftsrecht anzuwenden, ohne ihre Sicherheitsinteressen zu gefährden.

Damit werden wir unserem Hauptziel - mehr Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger zu garantieren - wieder einen Schritt näher kommen. Künftig wollen und müssen wir die vorhandenen Ressourcen intelligenter nutzen, wozu uns die knappen Verteidigungshaushalte und die gleichzeitig wachsenden finanziellen Belastungen immer stärker zwingen.

Ausdrücklich begrüße ich daher die seit den 1990er Jahren gewachsene Erkenntnis innerhalb der Europäischen Union darüber, dass eine Abschottung des Marktes negative ökonomische Auswirkungen hat. Dafür gibt es verschiedene Ursachen:

- a) Die Ausgaben im Verteidigungsbereich wurden in den letzten 20 Jahren aufgrund der weltpolitischen Entwicklungen um die Hälfte gekürzt. Sinkende Rüstungsausgaben führten zu einem Rückgang bei den Umsätzen und den Beschäftigungszahlen sowie zu einem Investitionsrückgang in den Bereichen Forschung und Technologie. Mit einem Anstieg der Verteidigungsausgaben ist vorläufig nicht zu rechnen. Im Einzelnen stellen sich die Ausgaben wie folgt dar:

Im Jahre 2006 betragen die Ausgaben der EU-26, Dänemark beteiligt sich nicht an der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, im Verteidigungsbereich 201 Mrd. € Dabei liegen die Ausgaben zwischen 47 **Mrd.** € im Vereinigten Königreich und 35 **Mio.** € in Malta.

Vergleicht man diese Zahlen mit den Ausgaben der USA, so ergibt sich folgendes Bild: Die USA gaben im Jahre 2006 insgesamt 491 **Mrd.** € für die Verteidigung aus.

Zwar schwanken die Zahlen je nach aktuellem Wechselkurs, doch sind die unterschiedlichen Gewichte deutlich.

- b) Des Weiteren sind die Entwicklungskosten für neue Waffensysteme in derartiger Weise angestiegen, dass es selbst großen Mitgliedsländern schwer fällt, diese finanziellen Lasten zu tragen.
- c) Neue Streitkräftestrukturen seit dem Ende des Kalten Krieges haben zu geringeren Stückzahlen für traditionelles Gerät sowie zu gestiegenen qualitativen Anforderungen geführt. Dies hängt auch mit dem sich verändernden Aufgaben- und Einsatzspektrum zusammen.

Ziel ist es daher, eine größtmögliche Kosteneffizienz zu erreichen, die den nationalen Haushalten und der Industrie zugute kommt und nicht zuletzt unsere Streitkräfte mit dem bestmöglichen Material versorgen soll. Eine künftig stärker vereinheitlichte Ausrüstung der europäischen Streitkräfte stellt in einem erwünschten Nebeneffekt auch das Maß an Interoperabilität her, das heute durch die verschiedenen benutzten Waffensysteme und Ausrüstungen weder innerhalb der NATO noch zwischen den Streitkräften der Mitgliedsländern der Europäischen Union gegeben ist.

Wir können es auch so zusammenfassen: Die Schaffung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik erfordert den Aufbau von ausreichenden Kapazitäten, wofür eine leistungsfähige europäische Industrie notwendig ist. Dazu soll der Aufbau einer europäischen verteidigungstechnologischen und -industriellen Basis und eines europäischen Marktes für Verteidigungsgüter beitragen. Nur beides zusammen liefert die erforderlichen Fähigkeiten, um die globalen Verteidigungsaufgaben und die neuen Herausforderungen im Bereich der Sicherheit zu bewältigen.

Ich möchte aber auch auf die noch offenen und kontroversen Fragen hinweisen. Da ist zum einen die Frage der Reziprozität und hier insbesondere die Ausgestaltung der Beziehungen zu den USA. Eine auf Gegenseitigkeit, Fairness und Qualität ausgerichtete Politik sollte dabei nach meiner Meinung auf beiden Seiten des Atlantiks genügend Anhänger finden. Hier erwarten wir insbesondere von der neuen US-amerikanischen Administration Antworten auf Europas Fragen, die sich nach der überraschenden Neuausschreibung für die Anschaffung von Tankflugzeugen für die US-amerikanischen Streitkräfte ergeben haben.

Aber auch innerhalb der Europäischen Union müssen noch Fragen zu Ende diskutiert werden und hier insbesondere alle Schwierigkeiten, die mit dem Problem von "Offsets" verbunden sind. Denn "Offsets" haben sich als wenig binnenmarktfreundlich erwiesen.

Die Europäische Union könnte aber noch mehr tun, um die gewünschte handlungsfähigere Europäische Union im Bereich der Sicherheitspolitik zu erreichen.

Die Antwort liegt letztlich nicht in der bloß vertieften Zusammenarbeit zwischen autonomen nationalen Armeen, sondern im Vergleich zu heute in einem Quantensprung bei gemeinsamer Führung, bei Ausrüstung und Einsatz.

Wenn wir diese Ziele erreichen wollen, brauchen wir zwischen dem heutigen Zustand, von zwar teilweise interoperablen aber noch rein national organisierten Streitkräften und dem Fernziel einer künftigen Europäischen Armee ein verbindendes Zwischenglied.

Diesem bis heute fehlenden Zwischenglied könnte man auch der positiven gedanklichen Verknüpfung und Einprägsamkeit wegen den Namen SAFE geben, eine Abkürzung für "Synchronized Armed Forces Europe". SAFE kann auch jene mit in die Debatte über die richtigen Schritte

hin zu einer stärkeren Synchronisierung einbeziehen, die sich eine Europäische Armee heute noch nicht vorstellen können. Die "Synchronized Armed Forces Europe" lassen genügend Handlungsspielraum für neutrale und in Militärbündnissen verbundene Mitgliedsländer, für jene, die bereits heute eine verstärkte Zusammenarbeit praktizieren und jene, die noch zurückstehen.

Wir sollten SAFE als ein "opt-in" Modell organisieren, das auf der verstärkten Zusammenarbeit basiert. Sicherheit und Verteidigung berühren den Kernbereich nationaler Souveränität und sind mit großer Sensibilität zu behandeln. Um vorhersehbare Konflikte zu vermeiden, sollte das bereits erfolgreich beim EURO oder Schengen gewählte Verfahren gewählt werden, das einen für alle offenen Rahmen schafft, der es auch den neutralen oder skeptischen Mitgliedsländern ermöglicht, sich an SAFE auf der Basis von Einzelfallentscheidungen zu beteiligen.

SAFE kann uns dabei helfen, bei der Weiterentwicklung hin zu integrierten europäischen Strukturen voranzukommen. Diese sollen zivile und militärische Fähigkeiten verbinden und eine breite gesellschaftliche Akzeptanz in den Mitgliedsländern erreichen. Das Europäische Parlament ist dabei ein wesentlicher Partner und unterstützt die

Mitgliedsländer und den Europäischen Rat bei dieser Aufgabe.

Was können und sollten wir nun konkret und unverzüglich in die Tat umsetzen, um SAFE zu realisieren? Zuallererst gilt es, die in den jüngsten Einsätzen unter UN, EU oder NATO Mandat gesammelten Erfahrungen, zu analysieren und die Schlussfolgerungen rasch in die Praxis einfließen zu lassen.

Übereinstimmend werden dabei von den Soldaten immer wieder einheitliche europäische Regeln für den Einsatz sowie eine gemeinsame Ausbildung im Vorfeld gemeinsamer Einsätze gefordert. Wer zusammen eingesetzt wird, muss auch gemeinsam ausgebildet werden. Dies könnte bereits heute in den EU-Battle-Groups und im Eurocorps vorbildlich umgesetzt werden. Einerseits unternehmen die Mitgliedsländer gegenwärtig bereits Anstrengungen zur Standardisierung der EU-Battle-Groups. Dabei greifen sie natürlich auf Erfahrungen der NATO zurück. Andererseits bleiben die Mitgliedsländer bei all diesen Unternehmungen frei in der konkreten Ausgestaltung.

Unsere gemeinsam eingesetzten europäischen Soldaten erwarten jedoch zu Recht von ihren Dienstherrn, und das

sind gegenwärtig die Mitgliedsländer, dass Einsätze unter einem gemeinsamen Statut durchgeführt werden. Denn nur dann können sich die europäischen Soldaten voll aufeinander verlassen, wenn Ausbildungsstand, Einsatzdoktrin und Handlungsfreiheit im Einsatz auf gleicher Ebene liegen. Ein gemeinsames Statut muss also Fragen der Pflichten und Rechte, der Einsatzregeln, und sozialen Standards genau so wie das Qualitätsniveau für die Ausrüstung, die medizinische Versorgung und auch die soziale Absicherung im Falle von Tod, Verwundung und Dienstunfähigkeit für die Soldaten und ihre Angehörigen festschreiben. Unsere Soldaten empfinden diese heute noch praktizierte Ungleichbehandlung im Einsatz als Belastung. Das Europäische Parlament sollte hier seine Stimme erheben und als wesentliche konkrete Maßnahme die Mitgliedsländer zur Schaffung eines Europäischen Soldatenstatuts für den gemeinsamen Einsatz auffordern.

Die "Synchronized Armed Forces Europe" sollten darüber hinaus schrittweise nach dem Prinzip einer europaweiten Arbeitsteilung aufgebaut werden. Nur so können über Synergieeffekte jene gemeinsamen Fähigkeiten entstehen, die die unvollkommene Abdeckung aller Fähigkeiten in den Mitgliedsländern niemals mit sich bringen wird.

Aus dieser Einsicht wäre es sinnvoll, die Öffnung militärischer Laufbahnen in den nationalen Streitkräften für alle Europäer aus den Mitgliedsländern bereits heute zu ermöglichen. Die verständlicherweise nötige Beherrschung einer Einsatzsprache sollte für diese Öffnung jedenfalls kein unüberwindbares Hindernis sein. Künftig sollte ein Este die Möglichkeit erhalten, bei den Französischen Gebirgsjägern zu dienen oder ein Slowene bei der Spanischen Luftwaffe zu fliegen. Diese Öffnungsklausel hätte übrigens auch den Vorteil, dass die durch sinkende Geburtenjahrgänge härter werdende Konkurrenz um geeignete Talente leichter zu bestehen sein wird.

Übrigens gibt es schon heute Entwicklungen in diese Richtung. So haben die niederländischen und deutschen Streitkräfte kürzlich vereinbart, dass Reservisten ihren Reservedienst auch in der jeweiligen anderen Armee ableisten können. Die Belgischen Streitkräfte stehen bereits heute Soldaten aus allen Mitgliedsländern der Europäischen Union offen und sind damit Modell für alle 27 Armeen in Europa.

In diesem Zusammenhang könnte auch das durch die Französische Ratspräsidentschaft vorgeschlagene institutionelle Austauschprogramm für Berufssoldaten (ERASMUS-MILITAIRE) den Austausch zwischen unseren

Streitkräften intensivieren und so eine neue Tragweite entwickeln.

Eine weitere wesentliche Frage betrifft Europas Zusammenarbeit im Weltraum. In diesem für die Zukunft wesentlichen Aufgabenbereich sollte eine Finanzierung über den Haushalt der Europäischen Union nicht ausgeschlossen werden. Mit dem GALILEO Projekt sind wir hier bereits einen Schritt in diese Richtung gegangen. Fragen sollten wir uns allerdings, ob wir nicht auch das Vorhalten europäischer Fähigkeiten für Aufklärung, Kommunikation und Orientierung zur Unterstützung von militärischen und zivilen Operationen, sowie zur Grenzsicherung, zur Verkehrssteuerung und für den Umweltschutz aus Gemeinschaftsmitteln finanzieren sollten. Denn nur so ließe sich der Zugang aller Mitgliedsländer zu jenen Informationen erreichen, die heute nur Ländern mit eigenen Satelliten zur Verfügung stehen.

Die Herausforderungen auf dem Weg zu einem Europa der Verteidigung sind vielfältig. Für das Europäische Parlament sind dabei die Fragen über die Einsatzentscheidung und demokratische Legitimation von großer Bedeutung. Diese müssen noch zufrieden stellend geklärt werden. Hier sind größtmögliche Flexibilität und Entscheidungskompetenz in Krisensituationen mit umfassender demokratischer

Kontrolle und öffentlicher Informationspflicht institutionell zu verbinden. Das Europäische Parlament muss deshalb zusammen mit den nationalen Parlamenten an der Entscheidungskompetenz über militärische Einsätze mit beteiligt werden. Nur als Parlamentsarmee kann das Projekt SAFE konsensfähig und politisch handhabbar gelingen.

Wir dürfen uns durch diese vielen objektiv schwierigen Fragen nicht von der Erreichung unseres Zieles abschrecken lassen. Die Sicherheit für Europa zu wahren und Sicherheit in die Welt zu exportieren sind es wert, sich diesen Aufgaben zu stellen. Denn das Neue, das kommt, bewusst zu gestalten, ist besser, als unbeweglich am Überlebten festzuhalten.

Außerdem sollten wir niemals aus dem Auge verlieren, dass die Europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik immer unseren europäischen Werten dienen muss. Denn die Wahrung unserer Identität auf internationaler Ebene beruht "auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit", wie es seit dem Vertrag über die Europäische Union festgeschrieben ist. Diese Grundsätze sind allen

Mitgliedsstaaten gemeinsam und bilden die Basis für das Handeln der Europäischen Union heute und in der Zukunft.